

## Suchbewegungen: Die Arbeiter- und Soldatenräte zwischen Rätediktatur und parlamentarischer Demokratie

Arbeitsauftrag in arbeitsteiliger Gruppenarbeit:

- a) Analysiere Deine Textquelle hinsichtlich folgender Aspekte: Ziele und Erwartungen, Haltung zur Regierung, Haltung zu Gewalt, Rolle des Militärs im Staat.
- b) Ordne Deine Textquelle begründet in eine der drei Phasen der Revolution ein.
- c) Diskutiert gemeinsam in der Gruppe: „Demokratie und Räte**system**“ - eine verpasste Chance 1919?

**M1** Bericht des württembergischen SPD-Parteivorsitzenden Friedrich Fischer auf der ersten Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs im Oberen Museum zu Stuttgart, 17.11.1918:

„Es ist ganz selbstverständlich, dass, nachdem die Revolution das ganze Land ergriffen hat, es unsere Aufgabe sein muss, so schnell wie möglich Verbindungen mit allen auswärtigen Kameraden aufzunehmen, die da draußen in den großen und kleinen Garnisonen sind – und die ja wohlgerne nicht immer Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern sind und in solchen Fragen und Dingen nicht immer genau Bescheid wussten. (...) Täuschen wir uns nicht darüber, die alte Regierungsmaschine arbeitet weiter, das Finanzministerium und wie die Ministerien alle heißen, arbeiten mit ihrem alten Apparat, mit ihrem eingearbeiteten Verwaltungsapparat ruhig weiter. Die Soldaten machten das nicht, die haben den ganzen Militarismus genommen und herumgedreht und haben freie Bahn geschaffen für jeden Tüchtigen. Jetzt wollen wir auch einmal mitreden und die Verhältnisse nach dem Willen des Volkes gestalten.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.88)

**M2** Resolution des Garnisonrats Ulm, vorgebracht und mit großer Mehrheit (194 gegen 6 Stimmen) beschlossen auf der zweiten Landesversammlung der Soldatenräte in Stuttgart, 11.12.1918:

„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs unterstützt die jetzige provisorische Regierung im Interesse der Erhaltung der Ordnung und Ruhe, die allein das Zustandekommen der Nationalversammlung auf wirklich freiheitlicher Grundlage verspricht. Sie kann nicht dulden, dass eine einzelne Partei auf Kosten der Allgemeinheit Sonderpolitik treibt. Sie verurteilt daher entschieden alle dahin gerichteten Gewaltmaßnahmen und Sonderinteressen, insbesondere die Bestrebungen der Spartakusgruppe, die die Reichseinheit gefährden. Unser Volk hat die größte Revolution der Weltgeschichte in einer seiner seitherigen Kultur würdigen Weise durchgeführt. Die Soldatenräte Württembergs beugen sich daher weder einer Willkür von links noch einer solchen von rechts. Sie lehnen einmütig jeden Versuch ab, das Heer für eine monarchische Reaktion oder bolschewistischem Terror zu missbrauchen.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.126)

**M3** Nach den Vorgängen im Januar 1919 drängte der Spartakusflügel in den Soldatenräten darauf, direkten Zugriff auf die noch bestehenden Einheiten des Militär zu gewinnen, die in Württemberg Sicherheitskompanien hießen, und alle Freiwilligenverbände, die häufig aus nationalistischen Studenten zusammengesetzt waren, aufzulösen. Diese hatten letztlich die entscheidende militärische Macht. Dagegen sprach der Soldatenrat Frick auf der 4. Landesversammlung der Soldatenräte am 19.3.1919:

„Kamerad Schwan (Spartakus) meinte, man solle die Sicherheitskompanien nicht auf die Regierung, sondern auf die Soldatenräte verpflichten. Wenn man das will, dann muss man sich schon darüber klar sein, was für einen Zweck haben diese Sicherheitskompanien. Nach meiner Auffassung kann jede Militärorganisation nicht ein Selbstzweck sein, sondern es muss eine Organisation des Volkes sein. Die Sicherheitskompanien sind dazu da, Ruhe und Ordnung zu wahren, sie können deshalb nur auf die Regierung verpflichtet werden. Anders ist die Sache, inwieweit wir über diese Sicherheitskompanien verfügen, und da vertrete ich den Standpunkt, dass wir als gesetzliche revolutionäre Körperschaft natürlich ein großes Interesse daran haben, dass wir weitgehend Einfluss auf die Sicherheitskompanien haben. Man hat sich deshalb auch mit der Regierung geeinigt, dass über die Sicherheitskompanien die Regierung gemeinschaftlich mit den Arbeiter- und Soldatenräten verfügen soll.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.192)

**M4** Dagegen der Soldatenrat Schwan (USPD):

„Die Auflösung des Freiwilligenkorps ist eine Hauptbedingung, die wir stellen müssen, und zwar nach außen- und nach innenpolitischen Gesichtspunkten. Wir wollen abrüsten und nicht aufrüsten. Wenn die Regierung daraus beispielsweise das Demonstrationsverbot ableitet, das sich gegen die Spartakisten richtet, so sage ich, dann richtet sich das Freiwilligenkorps gegen die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit, und deshalb fort mit dem Freiwilligenkorps und an dessen Stelle besonnene Elemente, die die politische und gewerkschaftliche Schule durchlaufen haben. ... Wir müssen unbedingt daran festhalten, dass das zukünftige Volksheer aus Leuten besteht, die mindestens 24 Jahre alt sind und gewerkschaftlich geschult. ... Deswegen verlangen wir, dass das Freiwilligenkorps aufgelöst wird, und wenn die Generale keine Beschäftigung haben, sollen sie eine nutzbringendere Tätigkeit suchen als Arbeiter gegen Arbeiter hetzen und abzuschlachten (...)

Das, was uns heute von den Trägern der Revolution (gemeint die MSPD) vorgetragen wird, das wurde uns am 1.8.1914 von der alten Regierung vorgetragen. Damals war auch das Vaterland in Gefahr, und am 4. August wurde erklärt: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich! ... Das sind alles nur verschwommene Phrasen“.

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.206)

**M5** Zur Zukunft der Räte in der parlamentarischen Republik der Soldatenrat Frick auf der vierten Landesversammlung:

„Heute lautet auch für Mehrheitssozialdemokraten die Frage nicht mehr so: Demokratie oder Räteystem, heute lautet die Frage so: Demokratie und Räteystem. Denn wir sind uns klar darüber, die Demokratie, die wir anstreben, haben wir durch die politische Revolution noch nicht erreicht. Wir haben durch die Revolution am 9.11. wohl das alte politische System zerschlagen, aber wir haben damit nichts an dem Wirtschaftssystem geändert“.

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.212)

**M6** Zur Rolle der SPD im Frühjahr 1919 verfasste der Ulmer SPD-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Soldatenrates Ulm Karl Hof einen offenen Brief an Reichswehrminister Noske (SPD), der auch in der Ulmer Donau-Wacht veröffentlicht wurde. (6.6.1919):

„Die Aufstellung der neuen Reichswehr und die Übernahme der württembergischen Sicherheitstruppen sowie der Freiwilligen-Abteilung Haas in dieselbe geben mir Veranlassung, Ihnen einige Bedenken sehr ernster Natur zu unterbreiten, die

erfahrungsgemäß vom Regierungstisch aus leicht übersehen werden. Es besteht im größten Teile des Volkes und insbesondere in Soldatenkreisen die sehr berechtigte Meinung, dass das Reichswehrministerium von den Männern geleitet wird, die wir am 9. November 1918 als für das Heerwesen abgetan glaubten. (...) Zur Auflösung des alten Heeres gehören aber nicht nur Soldaten, sondern auch ganz besonders das alte Offizierskorps. Im Verlaufe der letzten fünf Monate aber sind den Offizieren wieder Rechte eingeräumt worden, die sich von den ehemaligen Vorrechten des Offiziers nicht oder nur ganz unwesentlich unterscheiden. Statt nun auch eine völlige Auflösung des Offizierskorps vorzunehmen, haben Sie, Herr Minister, kurzerhand zu dem bestehenden Offizierskorps gegriffen, um mit diesem ein neues Heer aufzubauen, das wohl dem Namen und der Form nach eine Änderung erfahren hat, jedoch das Fundament desselben ist das alte geblieben. ... Ein Ministerium aber, das mit feudalen Monokelträgern ebenso so reich gesegnet ist wie vor der Revolution, ist für die Einführung revolutionärer Neuheiten, wo es keine Vorrechte, sondern gleiche Rechte und Pflichten geben soll, nicht zu haben. (...) Die Klassenunterschiede werden hier durch einen Sozialdemokraten bestimmt, statt beseitigt. Aus ihrem Reichswehrgesetz spricht der echte preußische Offiziersgeist und man hört daraus schon wieder das Säbelrasseln der unnahbaren Offizierskaste aus der Zeit Wilhelms des Letzten. (...) Oder Herr Minister, geben sie sich etwa der Hoffnung hin, dass Kreise, die gestern noch Sozialistenfresser und Götzendiener einer absolutistischen Monarchie waren, heute glühende Verfechter demokratischer Ideen einer freien Volksrepublik sind? Diese Kreise werden vielmehr jeden günstigen Augenblick benützen, ihre Götzen wieder in den alten Tempel zu holen. Wir haben in Württemberg ein gut ausgebautes Soldatenratssystem und sind für die spartakistische Wahnsinnspolitik nicht zu haben, standen vielmehr treu zur Seite der württembergischen Regierung, um die Errungenschaften des 9. November nicht neuen Despoten auszuliefern. (...) Ich bitte Sie, Herr Reichswehrminister, werden sie hart, aber nicht konservativ. Verleugnen Sie nicht die Fahne (gemeint: SPD), die Ihnen in Chemnitz so oft zum Sieg verholfen hat.“  
HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.218-222)

**M7** Über das zukünftige politische System spricht der Arbeiterrat Eggert auf der zweiten Landesversammlung der Arbeiterräte in Stuttgart am 3.3.1919:

„Warum dürfen wir nicht weitergehen und fordern, den Räten die ganze Macht zu übertragen (wie die Spartakisten es tun)? Weil diese Forderung einschließt die Diktatur einer gewissen Klasse über andere Klassen der Bevölkerung. Wir sind überzeugt, dass zum Aufbau unserer Volkswirtschaft alle lebendigen, schöpferischen Kräfte im Volke so notwendig gebraucht werden wie die Luft zum Atmen. Wenn wir gewisse Schichten der Bevölkerung aber ausschließen, dann kehrt der alte Zustand der Unterdrückung wieder, nur in umgekehrter Form. Die Folge wäre nicht eine demokratische, entwicklungsmäßige Neugestaltung unseres Staats- und Wirtschaftslebens, sondern der Bürgerkrieg ... Die Räte allein sind nicht befähigt, die Volkswirtschaft zu heben, unser Volk im internationalen Konzern an die Stelle zu bringen, wo es leben und sich weiterentwickeln kann. Andererseits sind die Parlamente allein nicht befähigt, die volksfeindlichen Widerstände zu brechen, die Bürokratie auszuschalten und in den Betrieben die Gesetze zur Geltung zu bringen. Daraus ergibt sich, dass das Räte-system in den Betrieben und Verwaltungen neben dem Parlament einen geschichtlichen Platz solange haben muss, bis wir durch die Entwicklung sehen werden, dass die Aufgaben von den Gemeinden gelöst werden können. Solange dies nicht der Fall ist, sollten die Räte ein Bestandteil der Staatsregierung bleiben.“

HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84 (und publiziert: Kolb/Schönhoven, Räteorganisationen, S.270-72)  
Dieser Antrag wird mit allen gegen 11 Stimmen angenommen.